



Gemeinsame Medienmitteilung
Frauenbund Schweiz und femmes protestantes

Luzern/Bern, 28. Oktober 2026.

Christliche Frauenorganisationen sagen Nein zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes

Frauenbund Schweiz und femmes protestantes sagen Nein zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes am 29. November 2026. Die beiden christlichen Frauenorganisationen warnen vor den Folgen erleichterter Waffenexporte für die Zivilbevölkerung, insbesondere für Frauen und Mädchen. Sie fordern eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die den Schutz von Menschen über wirtschaftliche Interessen stellt.

Die Sicherheit der einen darf nicht auf Kosten anderer gehen

Die geplante Gesetzesänderung würde die Ausfuhr und Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial erheblich erleichtern. Damit steigt das Risiko, dass Schweizer Waffen in bewaffnete Konflikte gelangen und zu Gewalt und Menschenrechtsverletzungen beitragen. Für Frauenbund Schweiz und femmes protestantes ist die Haltung auch eine Frage der christlichen Sozialethik: Alle Menschen sind gleich an Würde, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit. Die Sicherheit eines Menschen in der Schweiz ist nicht mehr wert als jene eines Menschen in einem Kriegsgebiet. Diese Gleichwürdigkeit verpflichtet zu Solidarität und Gerechtigkeit.

Feministische Sicherheitspolitik stellt Menschen ins Zentrum

Weltweit leben rund 676 Millionen Frauen und Mädchen in Konfliktgebieten. Sie sind besonders von sexualisierter Gewalt, Vertreibung und dem Zusammenbruch lebenswichtiger Versorgungsstrukturen betroffen. Mehr Waffen schaffen nicht automatisch mehr Sicherheit. Nachhaltiger Frieden braucht Konfliktprävention, Diplomatie, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit.

Diese Perspektive vertreten auch Brava, Frieda – die feministische Friedensorganisation, Frauen für den Frieden, die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), PeaceWomen Across the Globe, Frauenbund Schweiz und femmes protestantes in ihrem gemeinsam entwickelten feministischen Argumentarium.

Das Argumentarium umfasst sechs zentrale Aussagen

1. Die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes erhöht das Risiko von Waffenexporten in Konfliktgebiete
2. Frauen und Mädchen tragen die Folgen von Kriegen besonders stark
3. Mehr Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit
4. Die Schweiz muss ihre Verpflichtungen zu Frauen, Frieden und Sicherheit ernst nehmen

5. Sicherheit braucht Prävention und Friedensförderung
6. Feministische Sicherheitspolitik schützt Menschen, nicht die Rüstungsindustrie

Die Lockerung der Exportkontrollen steht aus Sicht der Frauenorganisationen auch im Widerspruch zur UNO-Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit», mit der sich die Schweiz zum Schutz von Frauen und Mädchen und zur Förderung nachhaltigen Friedens verpflichtet hat.

Frieden und Menschenwürde sind unteilbar

Die Schweiz darf ihre humanitäre Tradition und ihre friedenspolitische Verantwortung nicht den Interessen der Rüstungsindustrie unterordnen. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik schützt Menschen, statt die Verbreitung von Waffen zu erleichtern.

Frauenbund Schweiz und femmes protestantes rufen deshalb dazu auf, **am 29. November 2026 Nein zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes zu stimmen.**

Denn die Würde aller Menschen ist gleich, und ihre Sicherheit darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Medienkontakte

femmes protestantes

Elsa Horstkötter, elsa.horstkoetter@femmesprotestantes.ch, +41 (0)77 225 37 27

Frauenbund Schweiz

Sarah Paciarelli, sarah.paciarelli@frauenbund.ch, +41 (0)41 226 02 18

femmes protestantes

femmes protestantes sind ein nationaler Dachverband, der die Interessen von rund 70'000 Mitgliedern vertritt. Gemeinsam mit einem breiten Netzwerk treibt der Verband eine nachhaltige und gerechte Gleichstellungspolitik voran. Sie bringen sich aktiv in den nationalen Gesetzgebungsprozess ein und gestalten eine progressive Kirchenentwicklung mit. www.femmesprotestantes.ch

Frauenbund Schweiz

Der Frauenbund Schweiz ist mit 100'000 Mitgliedern, 17 Kantonalverbänden und 500 Ortsvereinen das grösste konfessionelle Frauennetzwerk der Schweiz. Der Frauenbund Schweiz wirkt überraschend anders katholisch und engagiert sich für die Rechte aller Frauen in Gesellschaft, Kirche, Politik und Wirtschaft. www.frauenbund.ch